

## In dieser Ausgabe:

Seite 2  
Neues aus der  
Stadtratsfraktion

Seite 3:  
Der Vorsitzende hat  
das Wort

Seite 4:  
Vor 75 Jahren:  
1932/33 - katastro-  
phale Jahre

Seite 9:  
Ja zur Europäischen  
Union - Nein zum EU  
Reformvertrag

Seite 10:  
Termine,  
Ehrungen,  
Kontakte

## Unsere 2. Tagung des 1. Stadtparteitages am 15.12.2007 im Landgasthof Burg Reina

### Schwerpunkte für 2008 (Kurzbericht)

#### Frank Hoffmann

Bei aller berechtigter Kritik! Bitte denkt daran, dass unsere Erfolge von heute Ergebnis langjähriger Arbeit ist von GenossInnen, denen selten „DANKE“ gesagt wurde und die sich weiterhin in ihrer Freizeit für uns einsetzen. Das gilt auch für die „Neuen“, die Verantwortung übernommen haben. Wer öffentlich kritisiert, sollte sich vorher über die Richtigkeit seiner Informationen überzeugen!



#### Ralf Schönemann

Wir haben unser Programm (Programm zur Kommunalwahl), es ist aktueller denn je!

Unsere Arbeitsschwerpunkte 2008 sind unter anderem:

- Weiterführung der Sozialberatung,
- Stärkeres Engagement der Fraktion bei der Betreuung der Hartz-IV-Empfänger im Rahmen der Fraktionstätigkeit,
- die Unterschriftensammlung „Wörlitzer Winkel“ wird ein Erfolg,
- das Amtsblatt spiegelt die politische Wirklichkeit in unserer Region realistischer wider als die Tagespresse,
- Ausrichtung eines warmen Mittagessens in der Schule Zoberberg als wichtiges und nötiges Projekt.



#### Matthias Höhn

Das Programm der Bundespartei „DIE LINKE“ wird nicht vor der Bundestagswahl 2008 beschlossen werden, sondern erst 2010.

Bald werden in Sachsen-Anhalt Lehrer fehlen. Es wird von der Landesregierung keine ausreichende Vorsorge getroffen, dieses Problem zu lösen.

In den Westbundesländern steigen die Mitgliederzahlen weiterhin stark an (mancherorts verdoppeln sich die Zahlen je Monat)

In den Ostbundesländern, so auch in Sachsen-Anhalt, ist die Mitgliederzahl rückläufig, somit auch die Beitragseinnahmen

Die Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und Stadtverband Dessau-Roßlau muss verbessert werden.

#### Wahlergebnisse:

Nachwahl der Delegierten zum Landesparteitag:

Genossin Heidi Mertens,

Wahl der Mitglieder für den Landesausschuss:

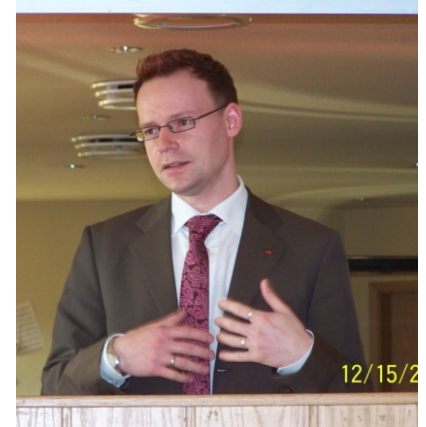
Frau (nicht gewählt), Mann: Genosse Thomas Bergfeld

Delegierte zum Bundesparteitag 2008:

Genossin Heidi Ehlert und

Genosse Hans Thomas.

Die Redaktion



## Neues aus der Stadtratsfraktion der Partei **DIE LINKE** Dessau-Roßlau

### Eine erfolgreiche Arbeit der Fraktion im 1. Hj. nach der Kommunalwahl 2007

#### **Monika Andrich**

Schwerpunkt meiner Tätigkeit als Stadträtin im Gesundheits- und Sozialausschuss war die kritische Begleitung der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze durch die städtische Verwaltung und durch die ARGE einerseits und die Hilfe und Unterstützung von Betroffenen bei der Ausfüllung von Anträgen, der Einreichung von Widersprüchen und die Durchsetzung von Ansprüchen Betroffener hinsichtlich der vom Stadtrat beschlossenen Richtlinien der Unterkunft und der einmaligen Beihilfen andererseits. Als außerordentlich wichtig betrachte ich, im Interesse der Sicherung einer auf hohem Niveau stehenden medizinischen Versorgung unserer Einwohner, den Erhalt unseres Klinikums als städtischen Eigenbetrieb.

#### **Erhard Geier**

Als Mitglied des Betriebsausschusses Städtisches Klinikum und des Verwaltungsrates des Medizinischen Versorgungszentrums war ein Schwerpunkt meiner politischen Arbeit in diesem Jahr die aktive Begleitung bei der Entwicklung des MVZ zu einem leistungsstarken Zentrum ambulanter medizinischer Versorgung. Von besonderer Bedeutung war dabei die multiprofessionale Belegung des Hauses, so dass neben den medizinischen Leistungen auch Heil- und Hilfsmittel nach §§ 32,33 SGB V angeboten und Heilmittelleistungen nach § 124 SGB V erbracht werden können.

#### **Heidemarie Ehlert**

Was ich als Stadträtin erreicht habe:

- Überarbeitung und Anpassung der Richtlinie der Kosten der Unterkunft an die Preisentwicklungen auf dem Gebiet der Nebenkosten (wie z.B. Energie, Fernwärme u.a.m.).
- 2 Hilfsaktionen für bedürftige Kinder, einmal zum Wegfall der Einmalleistungen für die Einschulung im September 2007 wurde Schulmaterial kostenlos verteilt und zum Nikolaus wurden Süßigkeiten und Spielzeug kostenlos verteilt. Wenn ich die Kinderarmut schon nicht beseitigen kann, will ich wenigstens versuchen durch weitere Hilfsaktionen die Not zu lindern.

#### **Frank Hoffmann**

- Das Präsidium bemüht sich um eine ausgewogene und integrative Zusammenarbeit der Stadträte der neuen Doppelstadt. Sowohl Hauptsatzung als auch Geschäftsordnung müssen den neuen Ansprüchen an demokratischer Einbeziehung, gerade auch der Ortsteile Rechnung tragen und bedürfen einer deutlichen Demokratisierung.

- Der Umgang mit kommunalen Einrichtungen ist für mich von hoher Bedeutung und wird mit hoher Sensibilität begleitet. Deshalb ist es mein/unser Anspruch, dass dieser Prozess mit Transparenz und unter Wahrung vor allem der Interessen der Kinder und ihrer Eltern, aber auch des Personals, verantwortungsbewusst

geführt wird. Eine Vergabe um jeden Preis vertreten wir nicht und halten nach wie vor das Eigenbetriebskonzept für eine Alternative.

#### **Sabine Stabbert-Kühl**

Ich verfolge als Ziel eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik der Agentur für Arbeit und des Jobcenters SGB II, konzeptionell abgestimmt mit einem zukunftsorientierten städtischen Leitbild von Politik und Verwaltung, mit den Unternehmen und ihren Verbänden, den Ausbildungsbetrieben und -einrichtungen, die allen Generationen die Chance gibt, in der Heimatregion für ihren Lebensunterhalt dauerhaft selbstbestimmt zu sorgen. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften, den Kammern und anderen wichtigen örtlichen Trägern von Bildung und Qualifizierung.

#### **Hans-Joachim Pätzold**

Eine wesentliche Aufgabe in meiner Tätigkeit im Finanzausschuss besteht in der Lösung der Aufgaben der Konsolidierung des Haushaltes, ohne dass städtisches Eigentum privatisiert bzw. verscherbelt wird. Dies betrifft auch die Arbeit im Verwaltungsrat der DVV und der DWG. Mein Ziel ist es, mit den Leitungen der stadteigenen Betriebe und im Einklang mit den Interessen unserer Bürger die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, um den Herausforderungen des Wirtschaftsmarktes wirkungsvoll begegnen zu können. Für das Jahr 2008 sind meine Bestrebungen u. a. auf eine aktivere Personalpolitik im Verwaltungsbereich, der Einführung „Dopik“ sowie der Erreichung einer stärkeren Energieoptimierung in den Einrichtungen unserer Stadt gerichtet.

#### **Karin Stöbe**

Mit dem erneuten Votum der Wählerinnen und Wähler konnte ich im Juni 2007 in meine zweite Amtszeit als Stadträtin eintreten und an das bis dahin Erreichte anknüpfen. Vor allem im Gesundheits- und Sozialausschuss konnten die Hinweise und Gedanken der Linken in die Richtlinie unserer Stadt für die Kosten der Unterkunft einfließen.

Des Weiteren fand durch die Initiative unserer Fraktion der Beschluss von Barcelona zu barrierefreien Städten im Ausschuss eine Mehrheit und auch unsere Stadträte stimmten dem Beitritt Dessaus zu dieser Erklärung zu. Weiterhin gilt meine Unterstützung dem Erhalt und der Förderung unseres Anhaltischen Theaters Dessau mit seiner Sparten Vielfalt. Hier gibt es noch viel zu tun. Ein weiteres Aufgabenfeld für 2008 wird die Wiederbelegung des Arbeitskreises „Hochschulstandort“ sein.

#### **Ralf Schönemann**

Ein ereignisreiches erstes Jahr der neuen Legislatur 2007 bis 2014. Schwerpunkt meiner Arbeit als Stadtrat und Mitglied der LINKS-Fraktion war und ist die Stärkung der oberzentralen Funktion der Doppelstadt Dessau-Roßlau.

#### Schwerpunkte:

- Konsequente Nutzung der gemeinsamen Potenziale unserer neuen Heimatstadt. Beispiel: Entwicklung des Dessau-Roßlauer Hafens als neues Industriegebiet mit Erschließung und Umgehungsstraße.

- Unterstützung der Gemeinden Vockerode und Wörlitz mit dem Ziel, historische Stärken des Gartenreiches wiederzubeleben.

- Bildung eines Freundeskreises und Kundenbeirates für die Stadtwerke, um das umsatzstärkste Unternehmen unserer Stadt zu stärken.

#### Ziele 2008:

- Schaffung der Voraussetzungen zur Bildung von Stadtteilbeiräten in der Innenstadt von Dessau.

- Fertigstellung des Konzeptes Bauhausstadt Dessau an der Elbe mit anschließendem Bürgerbegehren.

#### **Angela Sanftenberg**

Ich sehe meine Aufgabe darin, die Beschlussvorlagen mit kritischem Blick zu lesen, sie aus der Sicht von Menschen mit wenig Einkommen zu beurteilen. Für besonders wichtig halte ich den Erhalt aller Sparten am Theater. Bei den Museen und der Bibliothek darf es keine weiteren Einschnitte geben. Die Arbeit dieser Einrichtungen mit Kindern erhält meine volle Unterstützung. Bei der Beschäftigung mit den verschiedenen Themen lerne ich auch immer wieder Neues dazu.

#### **Dr. Werner Sauerlich**

Ich betrachte als einen Hauptschwerpunkt meiner Stadtratstätigkeit die Entwicklung eines neuen Leitbildes der Doppelstadt Dessau-Roßlau, basierend auf einer grundlegenden Analyse des Ist-Zustandes mit schlussfolgnder Rahmenstruktur. Auf der Grundlage dieses Rahmens sollen dann Einzelkonzeptionen zu den jeweiligen Themenfeldern erstellt werden, wie wichtige Standortfaktoren und eine Industrie- und Wirtschaftsstruktur. Notwendig ist ausschussübergreifend mit Bürgern und Fachgremien eine ergebnisorientierte Diskussion zu führen. Zurzeit befinden wir uns in der Phase der Erarbeitung der Analyse. Ziel ist es, mit der Analyse im 1. Hj. 2008 an die Öffentlichkeit zu gehen.

**Liebe Dessau-Roßlauer,  
ein friedliches Weihnachtsfest  
und ein gesundes neues Jahr  
wünscht Ihnen Ihre Fraktion**

**„Die Linke“**



## Der Vorsitzende hat das Wort:

Liebe Genossinnen und Genossen, zum Jahreswechsel ist es gute Sitte, das Ergebnis der Mühen im alten Jahr zu bewerten, sich zu freuen über gute Ergebnisse und Erfolge. Ich neige dazu, die positiven Dinge in den Vordergrund zu stellen. Alles das, was ich eigentlich besser gemacht hätte, übersehe ich dabei nicht, es muss ja auch was bleiben für das neue Jahr, oder?

So nehme ich mir also vor, im nächsten Jahr nicht alles, aber manches anders zu machen. Das, was gute Ergebnisse gebracht hat, kann wohl weiter so gehen. Das, was nicht so gut gelaufen ist, muss anders angefasst werden.

Die zweite Tagung unseres 1. Stadtparteitages am 15.12.2007 war ein würdiger Jahresabschluss. Es wurde deutlich, dass wir durch die aktive Arbeit unserer Genossen und die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Fraktion erfolgreich sein können. Da möchte ich zuerst nennen, die regelmäßige Durchführung der Sozialberatung in der Geschäftsstelle durch Monika Andrich und Gerhard Liebscher. Beide verdienen dafür Dank und Anerkennung. Auf dieser Basis wird es durch unsere Fraktion im Stadtrat ergänzende Aktivitäten geben mit dem Ziel, die Betreuung der betroffenen Bürger zu verbessern. Wie das im einzelnen sein wird, ist Thema einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung.

Die derzeit laufende Unterschriftensammlung betreffs „Wörlitzer Winkel“ wird erfolgreich sein. Durch unsere Mitarbeit an dieser Aktion haben wir als Partei die Arbeit unserer Fraktion außerparlamentarisch wirksam unterstützt. Dafür allen Beteiligten auch herzlichen Dank!



Ralf Schönemann hat in seinem Vortrag mit mehreren Themen im Arbeitsplan der Fraktion darauf hingewiesen, dass wir als Partei neu gefordert sind, Konzepte zu entwickeln für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Dessau. Das sind zum Beispiel Themen, wie

- Unterstützung der in unserer Region angesiedelten Unternehmen durch verbesserte Standortbedingungen
- Schaffung attraktiver Bedingungen für Neuansiedlung und Neugründung von Unternehmen
- Integration der „Bauhausphilosophie“ und der Geschichte des Bauhauses als Alleinstellungsmerkmal unserer Stadt in die Konzepte der Stadtentwicklung
- Nutzung des Hafens in Rosslau als Produktionsareal.

Das sind anspruchsvolle Aufgaben, die wir sicher nicht allein erledigen können. Aber, wir können und werden mitarbeiten und uns einbringen, sie als Schwerpunkte im Arbeitsprogramm 2008 verankern.

Die wesentlichen aktiven Beiträge dafür sind wohl durch die Mitglieder unserer Fraktion zu leisten. Insbesondere Ihnen möchte ich deshalb an dieser Stelle für ihre geleistete Arbeit danken und ihnen Kraft wünschen für das nächste Jahr, es wird sicher nicht leichter werden.

Wer jetzt darauf wartet, dass ich über

Misserfolge schreibe, den muss ich enttäuschen. Ich beschränke mich darauf, zwei Aufgaben zu nennen, die wir im nächsten Jahr zwingend lösen müssen, nämlich:

- (1) die Zusammenarbeit zwischen Stadtvorstand, Basisorganisationen, Fraktion und Ortschaftsräten unter den neuen Bedingungen ganzheitlich und effektiv zu organisieren sowie
- (2) die politische Arbeit unter Einbeziehung aller GenossInnen langfristig zu planen und durch angemessene finanzielle Mittel abzusichern.

Wenn es uns gelingt, diese beiden Aufgaben zu erfüllen, werden wir alles andere darauf aufbauend auch schaffen. Ich persönlich werde mich dafür mit aller Kraft einsetzen und zähle auf vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Gesundes Neues Jahr 2008!

Hantho 71216

## Vor 75 Jahren: Vom katastrophalen Jahr 1932 zum katastrophalen Jahr 1933

Das Jahr 1932 endete für viele in einem Hungerwinter. Die Arbeitslosigkeit war auf einem noch nie dagewesenen Höhepunkt. Die "Stütze" reichte kaum für die dürtigste Ernährung. Die Not erfaßte nicht nur Arbeiter, sondern auch Angestellte, Händler und Handwerker. Mütter waren täglich damit geplagt, wie sie ihre Familie satt bekommen sollten. Nicht wenige Erbauer von Eigenheimen nach dem Bauhausprogramm und entsprechend dem Siedlungsgedanken von Peus standen vor dem Ruin. Der Kapitalismus zeigte weltweit seine Unfähigkeit, der Mehrheit ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Als ab 1933 eine neue Prosperität begann, war das nicht das Verdienst der Hitler-Regierung, sondern das entsprach dem Zyklus der kapitalistischen Weltwirtschaft, und das kam dann den Nazis zugute.

Auf dem Höhepunkt der Krise, am 30. Januar 1933, beauftragte Reichspräsident Hindenburg Hitler mit der Schaffung einer neuen Reichsregierung. Hitler bildete mit dem Rechtskonservativen Papen eine Koalitionsregierung. Nach diesem Muster hatten die anhaltischen Nazis bereits im Mai 1932 mit dem rechtskonservativen Kirchenpräsidenten Dr. Knorr die Landesregierung gebildet. Anhalt ging in der Faschisierung voran.

Torsten Kupfer hat anhand der Wahlergebnisse zu den Reichstagswahlen nachgewiesen, daß der Faschisierungsprozess in Anhalt zwischen 1930 und 1933 sichtbar schneller als im Reichsdurchschnitt vor sich ging (in % der gültigen Stimmen):

	Anhalt	Reich
Mai 1928	2	3
Sept. 1930	20	18
Juli 1932	46	37
Nov. 1932	40	33
März 1933	46	44

(Torsten Kupfer: Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt, S. 121; derselbe:

Umfeldbedingungen des Aufstiegs der anhaltischen NSDAP zur Regierungspartei (1918-1932), maschinenschriftlich, S. 1)

Der Vorsprung Anhalts gegenüber dem Reichsdurchschnitt in der Faschisierung der Wähler war am höchsten im Sommer und Herbst 1932. Kupfer versuchte, die historischen regionalen Bedingungen dafür aufzudecken. Er fand dafür keinerlei Vorarbeiten und kaum historische Quellen. Noch heute ist das ein in Anhalt und Dessau vermiedenes und nicht aufgearbeitetes Thema. Während der DDR hinderte wohl die Rücksicht auf die "Blockpolitik" der SED, die Rolle der Vorgängerparteien von CDU und LDPD 1932/33 darzulegen.

Als die NSDAP am 30. 1. 1933 in Berlin an die Macht kam, regierte sie in Anhalt bereits ein Dreivierteljahr. Ministerpräsident Freyberg (NSDAP), sein Stellvertreter, der Kirchenpräsident Dr. Knorr (DNVP) und Gauleiter Loeper hatten das Sagen.

Oberbürgermeister Hesse leitete formal noch die Stadt (bis März 1933) mit seinem Nazi-Stellvertreter Hofmann, dem u. a. die Polizei unterstand. Die Nazis hatten im Dessauer Bürgertum bereits eine breite Zustimmung. Die Führer der Sozialdemokratie, insbesondere Peus und Deist, beharrten weiterhin in Abwartestellung. Die Kommunisten orientierten auf eine antifaschistische Aktion und den politischen Generalstreik.

Kupfer widerlegte für Anhalt die These, die NSDAP sei schon 1932 eine „Volkspartei“ gewesen. Für Stadt und Kreis Dessau hält er unter den Mitgliedern der NSDAP einen Anteil zwischen 40 und 50% allein für Beamte und Angestellte als möglich. Der Handlungsgehilfenverband in Dessau sei bereits für 1931 als „nationalsozialistisch“ einzustufen. Handwerksmeister, Händler und Gastwirte dagegen hatten bis 1932 die rechtsliberale DVP bevorzugt, bis deren Landesvorsitzender, Landtagsabgeordneter Dr. Eisenberg, im Juli 1932 erklärte, dass seine Partei „100prozentig nationalsozialistisch“ sei. So fand die Nazi-Partei im anhaltischen und Dessauer Bürgertum eine sehr breite Basis. „Im Ergebnis stand die frühe Herrschaft des Nationalsozialismus in Anhalt.“ (Ebenda, S. 22) Aber die Arbeiter standen 1932 in großer Mehrheit noch hinter SPD und KPD.

Als die Nazis am 30.1.1933 im Reich zur Regierung kamen, hatten sie in Anhalt ihre Macht bereits gefestigt und ausgeweitet. Die entscheidenden Machtorgane waren in der Hand von Nazis. Die Nazi-Ideologie war weit verbreitet. Das Bauhaus war aus Dessau vertrieben. Der Rassenhass war in den Schulen bereits durchgesetzt und von der Masse der Lehrer akzeptiert. Die Bibliothek war von linker Literatur "gesäubert".

Die Dessauer Nazis feierten die "Machtergreifung" Hitlers am 2. Februar 1933 im Kristallpalast. Loeper hielt eine frenetisch beklatschte Rede, in der er unter anderem ankündigte, das "kommunistische Verbrechen" rücksichtslos zu bekämpfen. Das war der Auftakt zur offenen Terrorherrschaft auch in Dessau.

Werner Grossert

### Ehrung für Viktoria Petrowna Pjatnitskaja

Sie wurde 1942 von Deutschen aus Kiew als Zwangsarbeiterin verschleppt.

Im Alter von 23 Jahren starb sie am 5. Dezember 1944 in Dessau. Hier wurde sie auf dem Friedhof III beigesetzt.

Während der DDR erhielt sie einen Grabstein mit dem Sowjeter Stern. Er trägt als Datum den 9. Dezember 1944, den Tag der Beisetzung.

Ihr Bruder Franz Pjatnitskij wurde ebenfalls nach Deutschland verschleppt, er überlebte die KZ Buchenwald, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen und war danach bis weit über den Tod Stalins hinaus in sowjetischen Lagern. Wegen seines Protestes gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei 1968 kam er abermals acht Jahre in ein Lager. Von seiner Mutter hatte er erfahren, dass seine Schwester zur Zwangsarbeit in Dessau war. Jana Müller vom Alternativen Jugendzentrum in Verbindung mit dem Stadtarchiv Dessau fand ihr Grab auf dem Friedhof III in Dessau und lud Franz Pjatnitskij zu einer Gedächtnisveranstaltung auf dem Friedhof III ein.

Jana Müller, Jens Jesiolkowski und Jugendliche des AJZ gestalteten am 9.12. ein eindrucksvolles Gedenken. Jana sprach über Viktoria und das Schicksal von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen in Dessau, Franz Pjatnitski berichtete über sein Leben und die Suche nach seiner Schwester. Anwesend waren außer den Jugendlichen des AJZ nur einige andere. Von den Dessauer Parteien war nur SPD-Stadtrat Hartmann anwesend. Es war wohl die erste Veranstaltung für eine in Dessau ums Leben gekommene Zwangsarbeiterin. Der besondere Dank gilt Jana Müller.

Werner Grossert



### Abzeichen



Antifaschische Aktion



SPD



Sozialistische Arbeiterjugend



Reichsbanner



KPD



Kommunistischer Jugendverband



Roter Frontkämpferbund



## Eine gerechte Meinung zum Artikel der MZ v. 06. 12. 07 zu Angst vor der Macht des Staates

Unsere Regionalzeitung, die Mitteldeutsche Zeitung, spricht selten die ganze Wahrheit freimütig aus. So wird die „Freiheit“ in unserer Gesellschaft in der letzten Zeit besonders stark in Anspruch genommen. Jeder, der seine Volkspartei auf das Siebertreppchen heben will, flüchtet sich in die Freiheit. „Freiheit statt Sozialismus“, „Freiheit und Gerechtigkeit“ und nun auch „Freiheit und Sicherheit“. Aber immer Freiheit die „sie“ meinen. Freiheit zum Töten, Freiheit zum Ausbeuten, Freiheit zum Privatisieren, Freiheit, um Rohstoffe zu rauben. Diese Freiheit ist die größte Ungerechtigkeit der westlichen Wertegesellschaft. Sie ist der Schoß aller Verbrechen, die von dieser westlichen Wertegesellschaft gemacht werden können. „Ihre“ Freiheit schafft die Grundlagen. Sie ermöglicht hemmungslose Ausbeutung, Unterdrückung, Versklavung, Missachtung der Souveränitäten, Missachtung des Mehrheitswillens und der Unabhängigkeiten.

Die Freiheit, die sie meinen verhindert nicht den Raub unendlichen gesellschaftlichen Vermögens und seine Verwendung gegen diejenigen, die ihn erschaffen haben. Die Freiheit ist immer abhängig von den aktuellen, politischen, gesellschaftlichen Schichten und Gruppen.

In der heutigen Gesellschaft lautet das Motto: „Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein“.

Deshalb haben diese Raubtiere des Kapitals ihre Befürchtungen, dass ein Staat diesem Missbrauch Grenzen setzen könnte. Diese, Ihre Freiheit, hat ermöglicht, dass Herr Bush heute noch ungestraft Mord und Totschlag, Korruption und Raub in fremden Ländern zum Tagesgeschäft machen kann und seine Schleppenträger ihm folgen. Niemand von denen hat seine Freiheit genutzt, um ihm den Garaus zu machen, ihn vor das Internationale Gericht zu stellen, Niemand von denen, die Freiheit, Macht und Geld besitzen, um der Gerechtigkeit, der Sicherheit und Menschenwürde zum Durchbruch zu verhelfen. Frau Merkel sollte die menschenunwürdigen Verhältnisse in Deutschland abschaffen, ehe sie sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmisch

Herr Kohl „verwahrt“ für das Volk 3 Millionen €, woher die stammen, braucht er nicht zu sagen, Herr Kanther und Konsorten werden frei gesprochen wegen Devisenschmuggel, der OB von Dresden, der OB von Merseburg, der ehem.



Landrat Webel und Wirtschaftsmanager können sich ungerechtfertigt bereichern, aus dem Amt kann man sie nicht entfernen, das lässt die Freiheit nicht zu. Welche westlichen Werte doch durch „ihre“ Freiheit zur Wirkung kommen können!!

Mit dieser Gesellschaftsauffassung verliert die Freiheit ihren wahren Inhalt. Sie wird zur Hure. Man benutzt sie, wie man sie braucht. In Ihrem Namen werden Völker unterdrückt, ausgebeutet, geknechtet, entmündigt. Der Terrorismus wird gezüchtet. Das Geld und die Abhängigkeit schaffen die Voraussetzungen. Das zu verändern kann man nicht mit diesem gegenwärtigen konservativen, parasitären System.

Und nun muss auch noch die Sicherheit erhalten um „ihre“ Freiheit zu begründen.

Dazu muss der Professor Issensee mit seiner Weisheit kommen. Er benutzt die „Störer“, die die Sicherheit (Freiheit) gefährden! Also Bürger, wenn es nicht der Staat sein soll, müssen diese sich durch die Sicherheitsfirmen vor den Störern schützen lassen. Geld haben Sie ja sicher ausreichend, um sich einen Bodygard anzukaufen.

Es kann doch wohl nicht blöder kommen als eine solche „menschwürdige“ Orientierung. Privatisierung hat eben keine Grenzen und ist sie noch so menschenfeindlich. Den Großbesitzern alles, dem Normalverbraucher den Rest.

Und dann benutzt die Christliche Partei auch noch den „Frieden“ als Schutzschild für diese Verbrechen, die man über die Menschheit bringt, um im „Wettbewerb“ den besten Platz zu ergaunern. Natürlich durch friedenserhaltende, friedensichernde Maßnahmen (mit Panzern).

Schließlich gibt es ja die Freiheit, den Frieden zu erhalten.

Die Ursachen dieser Erscheinungen können in dieser Gesellschaft nicht beseitigt werden. Deshalb ist es wichtig, die Autorität des Staates mit demokratischen Mitteln zu erhöhen. Kein Zudecken, keine Nachsicht, keine Zugeständnisse dürfen den Mächtschaffenden Vorschub leisten, im Namen der Freiheit Menschenrechte in Deutschland zu verletzen. (Kinderarmut, Hartz IV, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit der Frau, Bildungsungleichheit, Steuergesetzgebung, Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer u. v. a. mehr)

Das Vertrauen der Bevölkerung zum Staat bedarf einer aktuellen Verbesserung. Da nützt kein Abhören, kein Lauschangriff, kein Polizeigesetz, kein Geheimdienst. Da nützt nur die konsequente Einhaltung der Ordnung gegen alle Rechtsbrecher, ohne Rücksicht auf Stand und Ruhm. Gleichbehandlung ist ein Grundsatz unserer Verfassung. (Was die wenigsten noch glauben).

Deshalb Demokratie und Sicherheit!! Die aktuelle Definition der Freiheit kann die Menschenrechte in Deutschland nicht schützen, solange die gesellschaftlichen Grundlagen dieses Rechtsstaates eine demokratische Freiheit nicht zulassen. (Im Sinne einer Kontrolle der Mehrheit über das Recht.) Nicht Freiheit und Sicherheit, sondern demokratische Freiheit bringt Sicherheit.

W. Hensel

Bevor Herr Bergner, seines Zeichens Ex-Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt und MdB, seine Freiheit weiterhin nutzt, um mit Zorn den Bürgern des Ostens die Wahrheiten, die die Teilnehmer ausgesprochen haben, zu verniedlichen und zu leugnen, sollte er über seine Untaten nachdenken, mit denen er mitgeholfen hat, den Bürgern von Sachsen-Anhalt ihre Güter zu stehlen, sie ihrer Wissenschaft zu entledigen, die Sozialeinrichtungen zu schließen und Hartz IV durchzusetzen, schließlich war er als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt einer der Pioniere der Ostvernichtung, der Umsetzung der „Freiheit“. Nun ist er in sichere Gefilde untergetaucht und gibt gute Ratschläge. Aber Vorsicht, in wessen Namen? Bestimmt nicht dem des Volkes, denn dieses hat von dieser Freiheit das wenigste erhalten.

## Ein Märchen, das hoch aktuell ist

### Schwefelhölzer

Von Jens Jansen

Ein kleines Mädchen ging bei Schneefall und Dunkelheit frierend durch die Stadt. In seiner Schürze trug es kleines Bündel mit Zündhölzern, mit denen sich ihre Familie das Brot verdienen musste. So beginnt eines der ergreifendsten Weihnachtsmärchen, geschrieben von Hans Christian Andersen. Aber niemand kaufte dem Mädchen etwas ab. So hockte es hungrig und steifgefroren in einer Straßenecke, sah den Kerzenschein in den hellen Fenstern, roch den köstlichen Gänsebraten, zog die nackten Füße noch dichter an den Leib und fror doch immer mehr. Das Mädchen traute sich nicht nach Hause, weil es nichts verkauft hatte und der Vater zum Stock greifen würde. In seiner Not nahm das Mädchen ein Schwefelholz steckte es an und wärmte sich für einen Moment die Hände. Dann nahm es ein zweites und drittes und sah sich wie im Traum hinter den hellen Fenstern an einer reich gedeckten Tafel sitzen. Doch immer, wenn die Flamme erlosch, schmerzte sie das kalte harte Pflaster umso mehr. Bis sie alle restlichen Zündhölzer abbrannte und vor ihren Augen der strahlende Glanz eines riesigen Tannenbaums erschien, der bis in den Himmel reichte, wo ihre verstorbene Oma hingegangen war. Sie rief: »Oma, nimm mich zu dir!« Und Oma erschien und streckte die Arme aus ...

Am anderen Morgen fand man das erfrorene Kind. Sein Mund zeigte ein stilles Lächeln. Nach solchen Gute-Nacht-Geschichten wird in vielen Familien genickt und gesagt: »Ja, so war das damals vor 150 Jahren. Aber wir leben ja heute!« Und damit beginnt das zweite Märchen. Der Deutsche Kinderschutzbund veröffentlichte zum Weltkindertag 2007 einen Bericht, wonach bei uns jedes sechste Kind in Armut aufwächst. Das sind 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre. Durch die Steuer- und Sozialgesetze hat sich deren Zahl seit 2004 verdoppelt! In Nordrhein-Westfalen lebt fast jedes vierte Kind unter den Einschränkungen der materiellen Armut. Allein in Essen sind es 25.000. Während im Westen Deutschlands die Armutsquote bei 12,4 Prozent der Kinder liegt, ist sie im Osten mit 23,7 Prozent ermit-

telt. In vielen Städten wird die 30-Prozent-Grenze überschritten: Bremerhaven meldet 38,4 Prozent, Görlitz 35,6 Prozent, Schwerin 34,3 Prozent, Berlin 29,9 Prozent. Dr. Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband stellte fest: »Es ist verheerend für ein Gemeinwesen, wenn ein Drittel der Kinder vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen ist. Da ist vieles tabu, was für andere Kinder selbstverständlich ist: Musikunterricht, Sportvereine, Zoobesuch oder Computerkurs.«

Natürlich müssen diese Kinder in unserem reichen Land, wo die Zahl der Vermögensmillionäre noch schneller wächst als die Zahl der Fürsorge-Empfänger, keine Schwefelhölzer verkaufen.

Aber sie sammeln die Pfandflaschen aus den Abfallcontainern. Sie werden beim Ladendiebstahl gefilmt. Sie bieten die Obdachlosenzeitung an. Sie schleichen sich ins Warenhaus, wo dran steht »Geiz ist geil!«, und versuchen, eine Viertelstunde die Hände am Computerspiel aufzuwärmen, das ihnen niemand schenken wird. Bis sie der Hausdetektiv wegscheucht. Das ist auch nicht lustiger, als Schwefelhölzer zu verkaufen. Denn wer im Arbeitslosen- oder Ausländer-Ghetto aufwächst, dem bleibt nur die Hauptschule. Wer nicht mal den Abschluss der Hauptschule schafft, dem bleibt nur das

jahrelange Betteln um einen Ausbildungsplatz. Wer keine Ausbildung hat, der greift dann nach jedem unterbezahlten Mini-Job. Und wer diesen schweren Weg geht, bei dem ist die Altersarmut und das Gesundheitsrisiko schon programmiert und das Elend seiner Kinder ebenso.

### Ein anderes Märchen

Drum will ja nun die Familienministerin, die nur 1,9 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt als Etat hat, diese Kinder mehr unterstützen. Die Kanzlerin meint auch, dass man mehr machen müsste. Die Union schwenkt mit dem Blick auf die Bundestagswahlen 2009 ein. Die SPD wird eine Kommission zum Thema »Kinderarmut« einsetzen. Aber keine Bundestagspartei kommt darauf, die selbstgenehmigte Diätenerhöhung für soziale Zwecke zu spenden außer DIE LINKE. Es gibt zu viele Pharisäer unter den Gläubigen. Und jene, die in der Adventzeit überlegen, ob sie ihrem Hund nicht ein mit Diamanten besetztes Halsband schenken sollten, halten nun mal wie Pech und Schwefel mit ihren politischen Geschäftsführern im Parlament zusammen. Jedenfalls so lange, bis ihnen irgendeine Kontrollkommission ein brennendes Schwefelholz unter den Hintern hält. Aber das klingt nun auch schon wieder wie ein Märchen.





**Zeitbezüge:**

- 01.01.1958 Inkrafttreten des EWG- u. EURATOM-Vertrages.
- 02.01.1958 Eine Verordnung in der DDR bestimmt, dass bei allen Tanzveranstaltungen 60 % der Titel von Ost-Komponisten stammen müssen.
- 02.01.1958 In Flensburg entsteht die Zentralkartei für Verkehrssünder.
- 04.01.1933 Treffen Hitlers mit Franz v. Papen in der Villa des Bankiers v. Schröder in Köln. Beginn der Verhandlungen üb. d. Bildung einer faschist. Koalitionsregierung.
- 05.01.1818 Geburtstag des Begründers der Dessauer Arbeiterbewegung Friedrich Polling.
- 13.01.1958 9235 Wissenschaftler aus 41 Staaten fordern in einem Appell an die UNO die Einstellung der Atombombenversuche.
- 15.01.1933 Wilhelm Pieck u. Maurice Thorez sprechen vor zehntausenden Berlier Werktätigen an den Gräbern von R. Luxemburg u. K. Liebknecht.



AM 15. JANUAR 1933 Manifestation Berliner Arbeiter im Zeichen des Klassenkampfes gegen Faschismus und Reaktion an den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Maurice Thorez (links) und Wilhelm Pieck (rechts) während der Rede der Vertreter der revolutionären Parteiarbeit vor dem Reaktionsverband in Berlin-Friedrichshagen. Foto: IAG, DPA

- 17.01.1958 Den USA gelingt der erst erfolgreiche Test der neuen U-Boot-Rakete Polaris (Reichweite 2 700 km).

- 22.01.1933 SA-Aufmarsch unter starkem Polizeischutz vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, dem Sitz des ZK der KPD.



1933. Die „zum Schutz der Republik“ geschaffene „Schutzpolizei“ sichert den provokatorischen Naziaufmarsch vor dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus des ZK der KPD.

- 23.01.1958 Scharfe Kritik von FDP u. SPD an der Deutschlandpolitik Adenauers im Bundestag; er habe die Vorschläge der Stalin-Note vom März 1952 nicht ernsthaft geprüft.
- 25.01.1933 Massendemonstration der KPD in Berlin.
- 26.01.1933 Papen erläutert dem Industriellen u. DNVP-Politiker Hugenberg »die zwingende Notwendigkeit einer neuen Regierung unter Hitler als Reichskanzler«. Am 27. 01. 33 Unterredung Hugenbergs mit Hitler.
- 26.01.1958 Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer kündigt die Organisierung einer Volksbewegung gegen den Atomtod an.
- 28.01.1933 Rücktritt der Regierung Schleicher.
- 30.01.1933 Reichspräsident v. Hindenburg beauftragt Hitler mit der Regierungsbildung. Die KPD ruft zum Generalstreik auf. SPD- u. Gewerkschaftsführung lehnen es ab, sich dem Aufruf anzuschließen. (Bild)
- 30.01.1993 In Dessau Demonstration gegen Faschismus u. Rassismus aus Anlass des 60. Jahrestages der Machtübertragung an Hitler.

**Anmerkung zu den Zeitbezügen:**

**4. Januar 1933 Vorbereitung der Machtübergabe an Hitler**

Im Kölner Haus des Bankiers Kurt v. Schröder findet am 04. 01. 1933 eine Unterredung Hitlers mit v. Papen statt. Es geht um die Neubildung der Regierung ohne vorherige Neuwahlen. Nach dem Gespräch schlägt schließlich v. Papen dem Reichspräsidenten von Hindenburg Hitlers Ernennung zum Reichskanzler eines Koalitionskabinetts vor.

1947 gab Bankier v. Schröder vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal eine eidesstattliche Erklärung ab. Sie macht deutlich, dass die wirkliche Machtübergabe an Hitler im Kölner braunen Haus stattfand. Am 30. 01. 1933 wurde der Öffentlichkeit bloß noch der Vollzug gemeldet.

Was ist an des Bankiers Auskünften auch heute noch von eminenter Bedeutung: Ohne Umschweife benannte er die Konditionen,

unter denen Großindustrie u. Finanzkapital willens waren, die Machtübergabe zu bewerkstelligen.

»Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 04. 01. 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert«, gab von Schröder zu Protokoll. Zuvor hatte er sich »mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft« abgesprochen. »Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer ... an die Macht kommen zu sehen, der ... lange Zeit an der Macht bleiben würde.« Ob des Wahlrückschlags im November »wurde eine Unterstützung (der NSDAP) besonders dringend«, zumal an Rhein u. Ruhr das Gespenst des »Bolschewismus« umging. Dann kam v. Schröder auf das Entscheidende zu sprechen: Hochfinanz u. große Industrie wollten »Hitlers wirtschaftl. Programm in die Tat umgesetzt sehen, »wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, dass die Wirtschaft sich

selbst lenken sollte zur Lösung der von der polit. Führung gestellten Probleme«. Ferner wünschten sich die Herrschaften »die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert.« Sie spekulierten darauf, »dass eine wirtschaftl. Konjunktur durch die Vergabe von großen Staatsaufträgen in Gang gesetzt würde.« (Sh. Eidesstattliche Erklärung des Freiherrn Kurt von Schröder, Köln, vom 21. 07. 1947).

Nach dieser Unterredung am 04. 01. wird in wiederholten Besprechungen bis zum 29. 01. die Zusammensetzung des Hitler-Kabinetts ausgehandelt. So treffen sich am 07. 01. im Hause Kirdorfs »die Führer der Wirtsch.« mit Hitler, R. Heß u. Göring; am 22. 01. in Joachim Ribbentrops Haus in Berlin-Dahlem v. Papen, Staatssekretär Meißner, Oskar v. Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, mit Hitler, Göring u. Wilhelm Frick; am 27. 01. schließlich Alfred Hugenberg u. Hitler. **Fortsetzung Seite 8!**

## Anmerkungen zu den Zeitbezügen: Fortsetzung von Seite 7

### 25. Januar 1933 Massendemonstration der KPD

Als Antwort auf den SA-Aufmarsch am 22. 01. 1933 marschieren am 25. 01. 1933 130 000 kommunist., sozialdemokr. u. parteilose Arbeiter trotz eisigen Windes u. einer Temperatur von 16 bis 18 Grad unter Null am Karl-Liebknecht-Haus auf dem Bülowplatz (heute Rosa-Luxemburg-Platz), dem Sitz des ZK der KPD, vorbei. Auf der Tribüne grüßten mit geballter Faust Ernst Thälmann, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, John Schehr, Walter Ulbricht u. a. Führer der KPD die Demonstranten.



Die Berliner folgten dem Aufruf Ernst Thälmanns, der drohenden Auslieferung der Staatsmacht an die Nazis Widerstand zu leisten. Diszipliniert wiesen die Demonstrierenden alle Provokationen der Polizei zurück. Wo Polizeioffiziere mit gezogenem Revolver das Singen von Kampfliedern verboten, erschallten Sprechchöre. Untersagte sie auch Sprechchöre, so piffen Zehntausende die Lieder.

Am Tage nach der Demonstration schrieb Ernst Thälmann in der »Roten Fahne«, dem Zentralorgan der KPD: »Wir sind stolz auf die eiserne Disziplin der aktiven und wehrhaften Massen des roten Berlins, die zu den Losungen u. Parolen der Kommunist. Partei volles Vertrauen zeigen u. sich durch keine Demagogie oder Provokation darin beirren ließen.«

### 28. Januar 1933 »Endgültig erledigt!«

Das Kabinett Schleicher tritt zurück. Über die letzte Unterredung Schleichers mit Hindenburg wird folgendes Kommuniqué herausgegeben: »Reichskanzler v. Schleicher erklärt: Dass die gegenwärtige Regierung, ihrem Charakter als Präsidialregierung entsprechend, im Reichstag ihr Programm u. ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage gewesen wäre, wenn der Reichspräsident ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle. Reichspräsident von Hindenburg erklärte, diesem Vorschlag bei der z. Z. gegebenen Lage nicht entsprechen zu können.« Goebbels notiert in seinem Tagebuch: »Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als dass der Führer betraut wird.«

### 30. Januar 1933 Die Nacht der Nazibarbarei bricht an

Am Mittag des 30. 01. 1933 wird Hitler vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler berufen. Er wird Chef eines Kabinetts, dem noch zwei weitere Mitglieder der NSDAP angehören: Göring als Minister ohne Geschäftsbereich u. Chef der preu-



ßischen Polizei sowie Frick als Reichsinnenminister. Aus dem bürgerlichen Lager stammen der Ex-Kanzler u. der jetzige Vizekanzler Papen. Dazu der mediengewaltige Chef der DNVP (Deutschnationale Volkspartei) Hugenberg. Ergänzt wird diese Gesellschaft durch den Führer der paramilitärischen Stahlhelmorganisation Seldte, u. einzige aristokratische Konservative von Neurath (Auswärtiges), Schwerin-Krosigk (Finanzen) u. von Eltz-Rübenach (Verkehr), die bereits unter Papen u. Schleicher ihre »Fähigkeiten« unter Beweis gestellt hatten. Reichswehrminister wird der Nazivertraute Generalleutnant von Blomberg. Damit endet die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik u. wird der Übergang zur terroristisch-faschistischen

Diktatur vollzogen.

**Jetzt Einheitsfront der Tat!**  
**Beschließt Streik!**

Jetzt Einheitsfront der Tat! Beschließt sofort alle Maßnahmen zur Durchführung der Massenaktionen bis zum politischen Massenstreik und Generalstreik!

**Denkt an Kapp-Putsch!**

Nicht Knechtschaft – sondern Freiheit! Nicht faschistische Diktatur – sondern Sozialismus, Arbeiter und Bauernrepublik! Bricht die Not der Sklaverei, brennt die Sklaverei der Not – Brot ist Freiheit, Freiheit ist Brot!

Nicht sofort Stille! Die Waffen des Proletariats sind:

**Streik! Streik! Massenaktion!**

KPD-Flugblatt zum Machtantritt Hitlers – Aufruf zum Generalstreik

Während nun aber die KPD dieses Kabinett beim Namen nennt u. es als »die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse« brandmarkt u. zum umfassenden Generalstreik aufruft, die Demokratie zu retten, lassen sich die bürgerlich-

demokratischen Hitlergegner, aber auch die SPD-Führung durch den zivilen Anstrich des Wechsels täuschen. Der SPD-Aufruf, nicht »den ersten Schritt« vom »Boden der Verfassung u. der Gesetzlichkeit« zu tun, ist gleichbedeutend mit der freiwilligen Entwaffnung der Werktätigen.

Unterdessen können Frick u. Göring binnen eines knappen Monats den staatlichen Machtapparat mit den faschist. Mordkommandos verschmelzen, ihn zum Prügel des brutalsten Terrors gegen Demokratie u. die Arbeiterklasse umformen u. so den konterrev. Staatsstreich bewerkstelligen, ohne formal den »Boden der Verfassung« verlassen zu müssen.



## LINKE sagt JA zur Europäischen Union, aber NEIN zum Reformvertrag

**Zur heutigen Unterzeichnung des EU-Reformvertrages durch die Staats- und Regierungschefs erklärt Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken:**

Heute unterzeichnen in Lissabon die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten den Reformvertrag. Sollte er von allen Ländern ratifiziert werden, tritt er in Kraft und wird als Vertrag von Lissabon in die Annalen der Europäischen Union eingehen.

Wir sagen NEIN zum Reformvertrag, denn es ist der Reformvertrag der Staats- und Regierungschefs. Um die EU zu stabilisieren, bedarf es mehr als Kosmetik. Die LINKE will kein Europa der Regierenden. Wir wollen ein Europa, in dem Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt leben können. Der neue Vertrag ist nicht geeignet, die Krise der EU zu lösen. Denn die eigentliche Krise der EU und damit der europäischen Integration besteht darin, dass die gegenwärtige und mit diesem Vertrag auch die zukünftige Grundausrichtung der EU-Politik weder den Interessen der Bürgerinnen und Bürger noch den Herausforderungen der Globalisierung entspricht. Eine reale

Zukunftsfähigkeit für die Europäische Union wird nicht begründet, die markantesten Defizite bisheriger Europapolitik bleiben bestehen.

So sollen mit dem Vertrag die Mitgliedsstaaten auf den schrittweisen Ausbau ihrer militärischen Kapazitäten verpflichtet werden. Das heißt im Klartext: Aufrüstung! Jeder weiß, das kostet viel Geld, sehr viel Geld. Und Geld, das für Rüstung ausgegeben wird, steht weder für Bildung noch für soziale oder ökologische Zwecke zur Verfügung. Und es fehlt auch zur zivilen Konfliktbewältigung.

Die Militarisierung der EU erhält mit diesem Vertrag ihre rechtlichen Grundlagen. Sie ist folglich nicht nur gegen das friedliche Europa, sondern auch gegen das soziale und demokratische Europa gerichtet und steht damit im krassen Gegensatz zu den Interessen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die ein friedliches, soziales und demokratisches Europa wollen. Ein friedliches, soziales und demokratisches Europa ist auch Ziel der Politik meiner Partei und der Partei der Europäischen Linken. Wir sagen JA zur europäischen Integration und zur Europäischen Union. Aber wir sagen NEIN zur Militarisierung der EU, zu ihrer neoliberalen Grundausrichtung

und zur Aushöhlung der demokratischen Rechte. Wir wollen eine Europäische Union, die eine Politik im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger macht. Das aber ist nur möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger die EU und Europa selbst gestalten und über die Entwicklungsrichtung entscheiden. Deshalb fordert DIE LINKE, dass grundlegende Entscheidungen in der Europapolitik durch die Bürgerinnen und Bürger zu legitimieren sind.

Wie Sie wissen, ist aber - mit Ausnahme Irlands - in keinem weiteren EU-Mitgliedstaat ein Referendum vorgesehen. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

Deshalb hat die Partei der Europäischen Linken eine Unterschriftenkampagne beschlossen, mit der in allen EU-Mitgliedsländern Unterschriften für Referenden zum EU-Reformvertrag gesammelt werden. Insgesamt sind mindestens 1 Million Unterschriften von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern für eine Bürgerinitiative notwendig.

Unter dem Motto "Europa mitbestimmen! Referendum jetzt!" hat DIE LINKE heute mit ihrer Unterschriftensammlung für die Durchführung einer Volksabstimmung in Deutschland begonnen.

*Allen Leserinnen und Lesern der »Typisch|links« danken wir  
für ihre Treue, ihre Bereitschaft zum Dialog und  
für die geleisteten Beiträge im Jahr 2007.*

*Wir wünschen einen möglichst beschwerdelosen Jahresausklang, sowie ein  
ebenso gesundes, mutiges und aktives Begleiten der mit der Zielstellung des  
Parteiaufbaues zu lösenden neuen Aufgaben der Partei »DIE LINKE.«.  
Stadtvorstand, Fraktion, Redaktion Typisch*

## Herzlichen Glückwunsch



Herzliche Glückwünsche allen Genossinnen und Genossen, die im Januar 2008 ihren Geburtstag begehen!

Vor allem gehen Glückwünsche an die Genossinnen Helma Zimmermann, zum 80., Ursula Münnich, zum 70., sowie die Genossin Regina Hoyer, zum 60. Geburtstag.

### ***DIE LINKE***

Regionalgeschäftsstelle Anhalt  
Tel.: 0340-2508570

***DIE LINKE*** Stadtverband  
Dessau-Roßlau  
Karlstraße 4  
Telefon: 0340-2201950  
E-Mail:

[die linke dessau-rosslau@t-online.de](mailto:die_linke_dessau-rosslau@t-online.de)

### **Sprechzeiten:**

Mo. bis Do.: 14.00 - 18.00 Uhr  
Freitag: 14.00 - 16.00 Uhr  
sonst nach Vereinbarung.

**Fraktion der Partei *DIE LINKE***  
im Stadtrat Dessau-Roßlau  
Kontaktadresse

Alte Mildenseer Straße 17

Tel./Fax: :0340 / 2203260/1

E-Mail:

[pdsfraktiondessau@datel-dessau.de](mailto:pdsfraktiondessau@datel-dessau.de)

## Termine für Januar 2008:

- **Mo., 07. Jan.** 3. Todestag des Afrikaners Qury Jalloh in einer Dessauer Arrestzelle  
• **Mahnwache an der Friedensglocke**(BgR)  
• **anschließend Demo** (Initiative aus Berlin) (Näheres in der Tagespresse)
- **Mo., 07. Jan., 16.00 Uhr,** Geschäftsstelle Karlstraße: Öffentl. Mitgliederversammlung BO Nord/Waldersee Auswertung der Delegiertenkonf. v. 15.Dez. - Diskussion -
- **Di., 08. Jan., 10.00 Uhr,** Geschäftsstelle, Karlstraße: Sitzung der AG Senioren
- **Di., 08. Jan., 18.30 Uhr,** Georgen-Gemeindezentrum: Dessauer **Bündnis gegen Rechtsextremismus (BgR)**: Beratung der Aufgaben im 1. Hj. 2008
- **Mi., 09. Jan., 16.00 Uhr,** Gaststätte Sportheim, Kienfichten: Mitgliederversammlung BO Sieben Säulen Aufgaben im Jahr 2008
- **Do., 10. Jan., 18.30 Uhr,** Galerie-Café, Schloss-Str.: **Podiumsgespräch des Bildungsvereins Elbe-Saale**, Thema: "Faschismus" oder "Nationalsozialismus"?
- **So., 13. Jan., 10.00 Uhr,** An der Stele, Mariannenstraße: **Ehrung von Rosa und Karl** anlässlich der Ermordung am 15. Januar 1919.  
**Kranzniederlegung**  
Geschäftsstelle Waldersee:  
Fraktionssitzung
- **Mo., 14. Jan., 18.30 Uhr,** Hochschule Anhalt, Gebäude 11, Hardenbergstraße:  
**Film: "Zur falschen Zeit am falschen Ort"**  
Einführungsvortrag: Tjark Kunstreich
- **Mi., 23. Jan., 19.00 Uhr,** Schwabehaus, Johannisstraße:  
**Podiumsgespräch** zw. Tom Fischer (Stadtplaner Dessau) u. Jan Gruber (Politwissenschaftler, Halle)  
Thema: "Meine Kuh, meine Scholle, mein Block?" über den Standortfaktor Heimatbindung
- **Do., 24. Jan., 10.00 Uhr,** Geschäftsstelle Karlstraße: Redaktion "Typisch"
- **Do., 24. Jan., 18.00 Uhr,** Geschäftsstelle, Karlstraße: Stadtvorstandssitzung Stadtverband
- **So., 27. Jan.,** **OdF-Denkmal im Stadtpark:**  
**Gedenkveranstaltung aus Anlass des Tages der Opfer des Nationalsozialismus** (Näheres in der Tagespresse)
- **Mo., 28. Jan., 18.30 Uhr,** Geschäftsstelle Waldersee: Fraktionssitzung
- **Do., 31. Jan., 17.00 Uhr,** Geschäftsstelle, Karlstraße:  
**Beratung der Basisgruppenvorsitzenden** und Typisch-Ausgabe Februar 2008

### **TYPISCH links**

Herausgeber: Stadtvorstand DIE LINKE  
Dessau-Roßlau  
Redaktion : D. Schulze, E. Rudolf,  
C. Rasch, T. Kasper  
Druck: -dte Gölzau  
Preis: Spende

**Redaktionsschluss** für die  
Typisch Februar 2008  
ist Donnerstag der  
**24. Januar 2008**